

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Abtheilung 16.)
bei E. G. Hirtz & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Kahlbach.

Posener Zeitung.

Neun und siebenzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. F. Danne & Co.
Hanselstein & Bogler,
Kudolph Moske.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Jurnalendruck“.

Nr. 404.

Das Abonnement auf diese Zeitung drei Mal
erhöhten Betrag beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 13. Juni
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die je nach dem Platz ober oder
unten, Weitläufigkeit, Wichtigkeit, Anzahl der
Exemplare zu zahlen und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr
nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 12. Juni. Der König hat dem Ober-Konf.-Rath, Prof. Dr. Lange zu Bonn, den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife verliehen; den Rechtsanwalt Tellemann zu Naumburg a. S. zum Landrath des Kreises Naumburg ernannt.

Der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches den Freiherrn von Soden zum Konsul des Deutschen Reiches im Kanton ernannt.

Der Gymnasialdirektor Dr. Vogt ist vom Gymnasium zu Münsterfeld an das Gymnasium in Essen berufen worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 12. Juni.

Die „Dresdener Nachrichten“ theilen mit, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck einen Strafantrag gegen den Verfasser mehrerer in dem genannten Blatte enthaltenen, die Amtsniederlegung Delbrück's behandelnden Artikel gestellt hat.

Der alte und befestigte Grundbesitz im Landschaftsbezirk Herzogthum Stettin hatte an Stelle des am 27. August 1875 verstorbenen Freiherrn v. Sobek auf Kradow den Abgeordneten v. Wedell-Behlingsdorf zur Berufung ins Herrenhaus präsentirt; dieser war in dessen, noch bevor seine Berufung erfolgte, als Mitglied des Abgeordnetenhauses verstorben. Bei der nunmehr vollzogenen anderweiten Präsentationswahl ist, mit überwiegender Majorität der Landrath v. Schöning auf Klemmen gewählt worden. Derselbe hat den Wahlkreis Britz-Saatzig von 1866–70 im preussischen Abgeordnetenhaus vertreten und vertritt ihn seit 1867 im norddeutschen, bezw. deutschen Reichstage, wo er der konservativen Fraktion sich angeschlossen hat.

Der Generalleutnant v. Biehler, Allerhöchstbeauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte der Generalinspektion des Ingenieurcorps und der Festungen, hat sich in Begleitung des Majors Schullz, a la suite des Stabes des Ingenieurcorps und Adjutant der vorgenannten Generalinspektion, zu Inspektionen in Schleswig-Holstein, Pommern, Preußen und Posen auf Dienstreisen begeben.

Am 8. Juni ist der frühere Reichstagsabgeordnete (1871–1874) für Schleiden-Malmedy-Montjoie Sanitätsrath Dr. Haken-clever zu Düsseldorf in Folge eines Gehirnschlages im Alter von 63 Jahren verstorben; derselbe hatte sich der altkatholischen Bewegung angeschlossen und war auch Mitglied der altkatholischen Synodalrepräsentanz.

Den verschiedenen Interessengruppen, welche sich im Hinblick auf die nächsten Landtagswahl bereits gebildet haben, hat sich eine neue zugefügt. Bei Gelegenheit des soeben in Erfurt abgehaltenen deutschen Lehrertages hat wie schon bekannt, eine große Anzahl preussischer Lehrer einstimmig die Bildung eines Centralwahlkomites beschlossen. Zur Motivierung ist dabei die Nothwendigkeit betont worden, durch Bildung von Wahlkomites in allen preussischen Provinzen dafür zu wirken, daß möglichst viele Lehrer oder solche Männer, „die ein aufrichtiges Herz für die Volksschule haben, in das Abgeordnetenhaus gewählt werden. Es liegen den Lehrern fern, Politik zu treiben und folgergestalt eine eigene politische Partei zu bilden, oder sich in corpore einer der bestehenden politischen Parteien anzuschließen. Allein das Interesse der Volksschulen bedinge es, daß bei Verathung der Schulgesetzgebung die Stimme der Meistinteressirten und auch kompetentesten Sachverständigen, also der Lehrer, gehört werde. Mit Beendigung der Verathung über die Schulgesetzgebung in den gesetzgebenden Körperschaften sei auch die Wahlagitatio der Lehrer beendet. — Jener Beschluß wird nicht verfehlen, in weiten Kreisen Beifinden zu erregen. Die „Nat. Lib. C.“ beleuchtet ihn in folgendem Artikel, dem man lediglich beistimmen kann.

Es ist ja natürlich, daß jede Berufsclasse ihre Interessen in der ihr willkommenen Weise bei der Gesetzgebung wahrnehmen zu wissen wünscht; aber jeder Einsichtige muß sich doch sagen, daß nicht ausschließlich nach diesen Kriterien eine Verammlung gewählt werden kann, die berufen ist, gleichmäßig die Angelegenheiten des ganzen Volkes zu vertreten. Man würde es begreiflich finden, wenn eine Verammlung preussischer Lehrer durch einen öffentlichen Aufruf darauf aufmerksam machte, wie bei der Auswahl der Kandidaten für die Wahlen auch auf den Umstand Rücksicht zu nehmen sein werde, daß eine der Hauptaufgaben der nächsten Legislaturperiode das Untertricksgesetz sein wird. Aber die Organisation besonderer Lehrwahlkomites kann nur einen künstlichen Gegensatz zwischen den Bestrebungen für das Gedeihen des Volksschulwesens und denjenigen für die Gesamtwohlfahrt des Landes erzeugen. Eine Bewegung zum Zwecke der Wahl einer politischen Volksvertretung kann und soll keinen anderen als einen politischen Charakter haben. Wenn heutzutage die Agrarier in die Wahlagitatio eintreten mit der Versicherung, ohne jede politische Absicht zu sein und in ihrer Mitte Raum für alle politischen Ansichten zu haben, so erklärt ein Jeder das für Schwindel und Heuchelei. Ueber die erfurter Lehrer, welche eine ähnliche Versicherung geben, wird man ein gleiches Urtheil nicht fällen; nur wird man ihnen nachsagen, daß sie etwas Unmögliches beginnen. So einfügig der Volksschullehrerstand auch sein mag, es wird ihm nicht gelingen, mit seinen „Wahlkomites“ die Wahlen zu beherrschen. Ueberall, wo diese Komites siegreich sein wollen, werden sie sich mit einer politischen Partei verständigen müssen, wo sie es nicht thun, werden sie höchstens Verwirrung und Zerfplitterung der Kräfte verursachen. Was aber an dem erfurter Beschluß am meisten befremden muß, ist die Wahrnehmung, daß er seine Spitze gegen die liberale Partei kehrt. Man ist aufgebracht darüber, daß in der neuen Städteordnung die Ausschließung der Elementarlehrer von dem passiven Gemeindevahlrecht nicht beibehalten worden ist. Jeder Unbefangene wird zugeben müssen, daß sich über die Frage, ob ein zu den Gemeindefaßen gar nichts Beitragender über die Vernehmung der Gemeindefaßen u. s. w. mittheilen soll, zum mindesten streiten läßt. Den Herren in Erfurt aber genügt die Verneinung dieser Frage, um gegen die liberale Partei die gehässigen Beschuldigungen zu schleudern, um im Gegensatz zu ihr den Ruf nach Männern zu erheben,

„die für die Volksschule ein warmes Herz haben.“ Wir denken, die große Mehrheit der Lehrer im Lande wird sich etwas lebhafter erinnern, was die liberale Partei für die Volksschule gethan hat und die Auffassung ihrer in Erfurt versammelt gewesenen Kollegen einer reiflichen Prüfung unterziehen. Die wirkliche Durchführung einer Separatorganisation der Lehrer in der in Erfurt beschlossenen Weise und Richtung würde — dazu bedarf es wahrlich keiner großen Prophezei — für sie selbst nur von Nachtheil sein können. Auf alle Fälle aber wird die liberale Partei sich durch die in Erfurt gegen sie erlassene Kriegserklärung — denn als solche müssen wir den Beschluß nach den uns vorliegenden Berichten auffassen — nicht abhalten lassen, dem Volksschulwesen auch fernerhin die eifrige Fürsorge zu widmen, welche bisher für dasselbe von segensreichen Folgen gewesen ist.

Ueber die Verhandlungen zur Befestigung des Reichsgesundheitsamts verläutet zuverlässig, daß die Berufung eines höheren Verwaltungsbeamten nicht mehr beabsichtigt wird. Dahingegen sollen die beiden Rathstellen mit einem thierärztlichen Mitgliede besetzt werden, damit die Behörde sich von vornherein mit der dem Reiche vorbehaltenen Regelung des Medizinal- und Veterinärpolizeiwesens in ihrem ganzen Umfange befassen kann. In dieser Hinsicht, meint ein Fachmann im „Hann. Cour.“, sind die Beschlüsse des Reichskanzlers Amts erfreulich und werden dieselben unzweifelhaft eine allgemeine Befriedigung hervorrufen. Die Nachrichten aber, die über die Personen, die als Mitglieder des Reichsgesundheitsamts ernannt werden sollen, in die Öffentlichkeit dringen, finden weniger Beifall. Im Reichstage sowohl, als von medizinischer Seite wurde als selbstverständlich angenommen, daß diese Stellen solchen Technikern verliehen würden, die sich in der öffentlichen Gesundheitspflege und in der Bekämpfung der Seuchentrankheiten einen Namen erworben haben, oder doch mindestens eine umfassende praktische Erfahrung besitzen.

Nach der „B. Z.“ zunehmenden Mittheilungen läßt sich noch nicht absehen, wann die Vorbereitungen im Reichskanzleramt zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses „den Reichskanzler aufzufordern, in Gemäßheit des Art. 4 Nr. 13 der Reichsverfassung den Entwurf eines Gefängnis-Gesetzes, betreffend die zu regelnde Strafvollstreckung und die Reform des Gefängniswesens dem Reichstage baldmöglichst vorlegen zu lassen“, zum Abschluß kommen werden. Es finden umfassende Erhebungen statt über die Resultate der bisher angestellten Untersuchungen und über die Erfahrungen im Gefängniswesen des In- und Auslandes. Unter den vielen zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses zu lösenden Fragen nimmt die gesetzliche Regelung des Strafvollzuges in Einzelhaft einen hervorragenden Platz ein. Es ist gegenwärtig den einzelnen deutschen Staaten ganz überlassen, ob sie die Straftat in Einzelhaft vollziehen lassen wollen oder nicht. In einigen Bundesstaaten ist der Strafvollzug in Einzelhaft eine reine Verwaltungsmaßregel, z. B. in Preußen, obwohl hier das Abgeordnetenhaus die Staatsregierung wiederholt, (in den Jahren 1862, 1865 und 1869) aufgefordert hat, ein Gesetz vorzulegen, „durch welches die Vollstreckung der Zuchthausstrafe in der Form der Einzelhaft geregelt wird“. Besonders in diesen Staaten erfolgt der Strafvollzug in Einzelhaft nach ganz verschiedenen Prinzipien, so daß offenbar große Härten ganz unausbleiblich sind. In Preußen zum Beispiel wird die Einzelhaft nur in bestimmten Fällen und in solchen Anstalten zur Anwendung gebracht, welche zur Vollstreckung von Zuchthausstrafen bestimmt sind. In anderen Bundesstaaten dagegen ist die Einführung der Einzelhaft auf gesetzlichem Wege erfolgt, wie in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg (letzteres in Deutschland das erste Land, welches schon 1839 die Einzelhaft einführt) und Braunschweig. Daß die Nothwendigkeit vorliegt, den Strafvollzug in Einzelhaft im deutschen Reiche gesetzlich und einheitlich zu regeln, hat schon der zu Heidelberg am August 1869 abgehaltene Juristentag klar und entschieden ausgesprochen.

Für den 17. allgemeinen Vereinstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welcher bekanntlich in Danzig tagen soll, sind nunmehr Seitens des Anwalts Schulze-Dehns die Tage vom 19.–23. August dem Central-Komite in Vorschlag gebracht worden.

Der Minister des Innern hat es in einem Spezialfall für gerechtfertigt erachtet, daß einem Menageriebeseiter die Erlaubnis, die in seiner Menagerie gehaltenen Schlangen öffentlich vor den Augen des Publikums mit lebenden Thieren zu füttern, nicht erteilt werden ist. Bezüglich solcher Fütterungen sei seitens der Bezirksregierung zu unterscheiden, ob dieselben einem zu der öffentlichen Schaustellung veranlassenden größeren gemischten Publikum lediglich zur Befriedigung der Neugier vorgeführt, oder ob dieselben für einen Kreis von solchen Personen eingerichtet werden, von welchen anzunehmen sei, daß sie ein wissenschaftliches Interesse daran nehmen. — Die öffentlichen Fütterungen der ersten Art seien geeignet, öffentliches Aergerniß zu erregen, da es das menschliche Gefühl verletz, die grausame und qualvolle Tödtung eines Thieres durch das andere mit anzusehen.

Das preussische Handelsministerium, schreibt man der „A. Z.“, welches mehrere Eisenbahntechniker zum Zweck der Berichterstattung und der eigenen Fortbildung der Betreffenden zur Weltausstellung nach Philadelphia schicken will, hat den üblichen Beschluß gefaßt, auch einen Volkswirth mit einem Reisestipendium für Philadelphia zu bezeichnen. Wie Wahl ist auf Arthur v. Studnitz, gefallen. Seit drei Jahren hat Herr v. Studnitz von London aus eine sehr produktive schriftstellerische Thätigkeit entwickelt und gediegene Arbeiten in die „Allg. Z.“ in das „Bremer Handelsblatt“, das „Deutsche Handelsblatt“, die „Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte“ und in den „Arbeiterfreund“, Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, geliefert. Im „Arbeiterfreund“ sind regelmäßig eingehende Berichte über die soziale Bewegung in England, über die dortigen Strikes, über die neue Fabrikgesetzgebung Englands und über Wohlfahrtsanstalten von Privaten aus der Feder von A. v. Studnitz erschienen. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen hat in Folge dessen diesen seinen regelmäßigen Mitarbeiter für ein Reisestipendium in Philadelphia bei dem preussischen Handelsminister in Vorschlag gebracht und Dr. Achenbach ist darauf bereitwillig eingegangen, den Hrn. v. Studnitz als Berichterstatter über

amerikanische Fabrikeinrichtungen und Arbeiterverhältnisse nach Philadelphia zu schicken.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Auch in der nunmehr zu Ende gehenden Kammeression ist der Uebelstand der in Berlin noch bestehenden Theater-Censur wiederum nicht zur Sprache gekommen. Bekanntlich besteht sie nur durch eine, von Sinfeldt 1851 erlassene, nicht einmal mit dem Magistrat vorherberathene Polizeiverordnung und steht noch dazu nicht im Einklange mit der Verfassungs-Urkunde, welche die Einführung der Censur ausschließt. Ueberdies hat jene Polizeiverordnung jetzt, wo es eigentliche Theater-Konzepte nicht mehr giebt, gar keinen rechten Halt, da schlimmsten Falles die Theaterdirektoren für jede einzelne Uebertretung, daß sie die Bühnenstücke nicht vorher dem Polizeipräsidenten zur Censur vorlegen, höchstens mit 30 Mark bestraft werden. Daher wäre es wohl an der Zeit, daß die nun 25-jährige Polizeiverordnung auch in aller Form aufgehoben würde.“

[Streitschriften.] Konstantin Franz, der bekannte großdeutsche Publizist, welcher seit Jahren für die Bildung einer föderativen Partei agitirt, hat in dem literarischen Institute des bairischen Abg. Dr. Hüttler, Verlegers der „Allg. Post“, eine Anzahl der in diesem Blatte erschienenen „literarisch-politischen Aufsätze nebst einem Vorworte über die Verdienste des Fürsten Bismarck und einem Nachworte über die deutsche Politik“ veröffentlicht, welche wieder die ärgsten Schmähungen gegen den leitenden Staatsmann und die von ihm vertretene Reichspolitik enthalten. Der jetzt in Blasewitz bei Dresden wohnende Verfasser schwärmt noch immer für den deutschen Fürstentag von 1863, von welchem er die Regeneration Deutschlands erhofft. Gegen Bismarck, dessen große Eigenschaften er unwillig anerkennen muß, beist Franz eine namenlose Wuth, wahrscheinlich weil durch den Reichskanzler alle seine Illusionen zerstört worden sind. Der Kulturkampf, das Gründerthum und die Verderbtheit der Presse bieten ihm natürlich gleichfalls reichlichen Stoff zu Verdächtigungen und Angriffen gegen den Fürsten Bismarck und die nationalliberale Partei. Auch gegen die Juden zieht er zu Felde, welche seiner Ansicht nach bald die Herrschaft in Deutschland erringen und ein verjüngtes Neudeutschland gegründet haben werden. In dem ziemlich umfangreichen Buche sind besonders interessant eigentlich nur die Präliminarien zu einem Programm der föderativen Partei, welche Franz einer Verammlung von politischen Gesinnungsgenossen im vergangenen Herbst vorgelegt hatte und die den Anlaß zu dem bekannten Aufrufe zur Gründung einer föderativen Partei gegeben haben dürften. Die bestehenden politischen Fraktionen werden als kleinlich und abgewirtschaftet dargestellt und vorgeschlagen, an deren Stelle den Föderalismus zu proklamiren. „Anstatt den alten deutschen Bund zu befeitigen, hätte man ihn zu einem mitteleuropäischen Körper von der Mündung der Schelde bis an die Mündung der Donau“ erweitern müssen. Eine Hauptbestimmung dieses Staatenbundes wäre der Ausgleich zwischen Katholizismus und Protestantismus. Während Rußland in seine Grenzen zurückgewiesen werden soll, wird auch Nichtchristianisierung des Orients gefordert. Aus dieser kurzen Zusammenfassung des Programms ersieht man, daß dasselbe sich große Aufgaben stellt. Die föderative Partei, deren Anhänger Konstantin Franz und einige beschränkte Mäße sind, hat jedoch absolut keine Aussicht, dieselben zu erfüllen, da ihr Unterstützung seitens des Volkes fehlt.

Professor Baumgarten in Rostock, Mitglied des deutschen Reichstages, hat soeben (bei R. Seymann, Berlin) eine „protestantische Antwort an Herrn Peter Reichenperger“ auf dessen Broschüre „der Kulturkampf und der Friede in Staat und Kirche“ erscheinen lassen, welche allgemeine Beachtung und weitest Verbreitung verdient. Der Verfasser, als der einzige Vertreter der protestantischen Theologie im deutschen Reichstage, hat sich für verpflichtet gehalten, der römisch-katholischen Herausforderung Reichenperger's mit dem Geistesworte des deutschen Protestantismus öffentlich entgegenzutreten. Baumgarten, einer der entschiedensten Führer des Protestantenvereins und Feind der orthodoxen Richtungen in der protestantischen Kirche, gesteht zu, daß Reichenperger in seiner Schrift den Frieden wolle, daß aber die Gedanken über denselben himmelweit auseinandergehen. Er erklärt von vornherein, daß der Hauptmangel der Reichenpergerschen Schrift darin bestehe, daß sie in die abgrundtiefen Kluft, welche die Gegensätze scheiden, dem Leser keinen Einblick verschaffe. Der wahre Frieden wird nach Baumgarten's Erachten nur herbeigeführt durch die Bahnbrechung eines gewaltigen Geisteskampfes, von welchem wir zur Zeit nur noch schwache Anfänge sehen. Da es bei dem konfessionellen Geiste unmöglich ist, ohne weitläufig zu werden, alle einzelnen Punkte der Reichenpergerschen Schrift zu erledigen, so bezieht sich Baumgarten dem Gange derselben im Großen und Ganzen zu folgen, also erstlich den Anlaß des Kampfes, die Kriegserklärung aus Rom, sodann den Kampf selber, die Nothwehr des deutschen Reiches gegen das vatikanische Papstthum, und schließlich das Ende des Kampfes, die christliche Volkskirche deutscher Nation zu besprechen.

Die 7. Kriminaldeputation des Stadtgerichts verhandelte am Sonnabend (wie schon telegraphisch erwähnt) gegen den ehemaligen Redakteur der „Germania“, Paul Hädicke, ehemals stud. med. und evangelischen Bekenntnisses. Die Anklageschrift zählte sechs Nummern der genannten Zeitung vom April d. 3. auf, in welchen durch auf den Kulturkampf bezügliche Artikel, der Kaiser viermal, die Staatsregierung und die Person des Reichskanzlers je einmal beleidigt und außerdem zum Widerstande gegen die Staatsgewalt angereizt sein soll. Der Angeklagte gab zu, daß die betreffenden Artikel mit seinem Vorwissen veröffentlicht seien, und obwohl sein Verteidiger, Rechtsanwalt Quentfeldt, den Dolus der Beleidigung wegzudisputiren suchte, beantragte der Staatsanwalt doch eine Gefängnisstrafe von achtzehn Monaten. Nach zweikündiger Verathung lautete das Urtheil des Gerichtshofes auf Schuld der Majestätsbeleidigung in drei Fällen, der Beleidigung des Fürsten Reichskanzlers und auf zehn Monate Gefängnis. Das Gesicht des Angeklagten um vorläufige Entlassung aus der Haft wurde ohne Angabe von Gründen abgelehnt. — Derselbe Gerichtshof verhandelte darauf eine Sache unter absolutem Ausschluß der Öffentlichkeit. Dem Vernehmen nach betraf das Verfahren die hier in verschiedenen öffentlichen Lokalen mit Beschlag belegten wiener Zeitungen, welche i. Z. die Anklageschrift in dem Landesverrathsprozesse gegen den Grafen Armin veröffentlichten. Wie man hört, ist auf Unbrauchbarmachung der betreffenden Zeitungsummern erkannt worden.

Aus Westpreußen, 11. Juni. [Ernteausichten.] Im Allgemeinen lauten die Ernteausichten in diesem Jahre nicht günstig, deshalb ist es um so erfreulicher, wenn man von entgegengekehrten Wahrnehmungen berichten kann. — In der Herrschaft Hengst (Kr. Thorn) die durchaus nicht mit viel fruchtbarer Boden ausgestattet ist, haben wir heute zwei Roggenfelder von etwa 70 und 40 Morgen. In beiden Feldern steht walburger Roggen vollständig dicht und gleichmäßig. Wir nahmen einzelne Halme heraus

und ergab deren Messung 7 Fuß 7 Zoll Länge; die Aehren hatten eine Länge von 15 Centimeter — dabei hatten wir nur mittlere Saline dem Felde entnommen. — Wir erwähnen dieses Umstandes, um die Befürchtungen vor Theuerung etwas zurückzudrängen.

Köln, 11. Juni. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: Wie wir vernahmen, wurde gestern unserm Erzbischof Dr. Paulus Melchers die Aufforderung zugefertigt, am 28. d. M. vor dem „königl. Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten“ in Berlin zu erscheinen. — Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht folgenden Erlaß, die Gedächtnisfeier der Erwählung des Papstes betreffend:

„Es war am Abend des 16. Juni 1846, als unser glorreich regierender h. Vater Papst Pius IX. zum Oberhaupte der katholischen Kirche erwählt wurde. Am Morgen des folgenden Tages wurde die Wahl der christlichen Welt verkündet und am 21. desselben Monats die feierliche Krönung vollzogen. Am 16. Juni 'des gegenwärtigen Jahres sind es somit 30 Jahre, daß Pius IX. den apostolischen Stuhl inne hat und zum Segen aller Völker des Erdenkreises die katholische Kirche regiert. Ein ganzes Menschenalter hindurch ist er schon unser Papst. Erinnern wir uns dabei alles dessen, was er durchlebt, was er für die Kirche in den verschiedensten Ländern der Welt gethan, was er als Nachfolger des h. Petrus, als Lehrer und Hirt aller Christen gewirkt und als Vater der Gläubigen gelitten hat — und gedenken wir dann seiner Größe, Majestät und ungebrochenen Kraft womit Gott ihn bis zur Stunde umkleidet und ausgerüstet hat, dann müssen wir bekennen: Da ist Gottes Finger, der ihn trägt, und Gottes Hand, die ihn stützt! Bei der Wiederkehr des Jahrestages der Wahl und Krönung unseres h. Vaters sollen wir daher voll Dank zu Gott aufblicken, der in unserer Zeit das Schiffelein Petri einem Steuermann wie Pius IX. übergeben hat, und voller Zuversicht weiter zu Gott fliehen, daß er den h. Vater „erhalte und stärke und glücklich mache auf Erden und nicht übergebe in die Hände seiner Feinde.“

In dieser Absicht soll deshalb auch in diesem Jahre am Sonntag, den 18. Juni, in allen Pfarr-, Filial- und Klosterkirchen unserer Erzdiözese, in denen das allerheiligste Sakrament aufbewahrt wird, ein feierliches Hochamt vor ausgehauenen hochwürdigsten Göttern, nach demselben ein feierliches Te Deum gesungen und Nachmittags oder Abends zu geeigneter Stunde eine Vesper zum göttlichen Segen Jesu für die Anliegen der Kirche und ihres Oberhauptes gehalten werden.

Am Feste der allerheiligsten Dreifaltigkeit den 11. Juni d. J. ist dieser Erlaß den Gläubigen vorzulesen und zur eifrigen Theilnahme an der angeordneten Andacht einzuladen.

Köln, den 26. Mai 1876.

Das erzbischöfliche Generalvikariat.“

Paris, 10. Juni. George Sand ist heute in Kobant begraben worden, nach ihrem Wunsche ohne Mitwirkung von Geistlichen. Unter den Personen, die auf dem Schlosse Kobant zum Begräbniß erschienen, befanden sich der Prinz Napoleon Jerome, Renan, Alexander Dumas und Flaubert. — Am 7. d. fand in dem großen Amphitheater der Sorbonne eine kleine Kundgebung statt. Die Societät des amis des sciences, deren Zweck ist, die nothleidenden Gelehrten und ihre Familien zu unterstützen, hielt dort ihre Jahresversammlung. Professor Paul Bert, Mitglied der Deputirtenkammer hielt einen Vortrag über den atmosphärischen Druck auf lebende Wesen, wobei er auf die Katastrophe zu sprechen kam, bei welcher die Luftschiffer Sibel und Crocé-Spinelli ihr Leben einbüßten. Als er dabei bemerkte, daß die zu Gunsten der beiden Familien eingeleitete Sammlung 91,000 Fr. eingetragen habe und hinzufügte, daß alle Nationen, nur die deutsche nicht, zu dieser Summe beigetragen, brach die ganze Versammlung in lauten Jubel aus. — Der Erzbischof von Aix hat in einem Schreiben an den Rektor der Akademie von Aix seine Entlassung als Mitglied des akademischen Rathes verlangt, weil er, wie er sagt, nach Annahme des Waddington'schen Gesetzes der Universität seine Unterstützung nicht mehr leisten könne. — Große Festlichkeiten werden in Lourdes vorbereitet zur Einweihung der neuen Wallfahrtskirche, die nahe bei der Grotte errichtet werden soll, und zur Krönung der Mariensäule. Diese Feste beginnen am 1. Juli und sollen drei Tage dauern. Die Geistlichkeit giebt sich alle Mühe, die Frommen zu diesen Festen herauszulocken, aber die Pilger fangen an, müde zu werden. — Die „Liberté“ erwähnt ein sehr unwahrscheinlich klingendes Gerücht, wonach die ehemalige Kaiserin Eugenie sich mit einem sehr reichen Lord Outlan vermählen will. — Das Artillerie-Scheibenschießen wird dieses Jahr in Frankfurt mit großem Eifer betrieben werden. In einigen Armeecorps hat es bereits begonnen. In Mittel-Frankreich nimmt es am 1. Juli seinen Anfang. Jedes Geschütz erhält dieses Jahr 120 Schüsse, während die Zahl derselben früher nur 25 betrug. Man wird bei dieser Gelegenheit auch die „obus à pyramides rentrantes“ probiren.

Madrid. Nach der offiziellen madrider Presse ist Don Carlos in Begleitung von Dorregaray und Ceballos am 7. Juni in Mexiko eingetroffen und von der Geistlichkeit mit königlichen Ehren empfangen worden. Der Nationalklub veranstaltete ein Fest zu Ehren des Präsidenten, in Folge dessen der Präsident dieses Klubs, der spanische Gesandte Murruaga, den Vorsitz niederlegte. — Wie das „Diario Espanol“ berichtet, hat ein spanisch-englisches Syndikat sich anheischig gemacht, die Einkünfte aller Coupons der konsolidirten spanischen Schuld vom 1. Juli an zu übernehmen.

Londen. Dem „Standard“ wird aus Philadelphia geschrieben: „Die unvermeidlichen Kunstvandalen sind schon in der Gedächtnishalle und dem Nebengebäude aufgetreten. Mehrere schöne Kunstgegenstände aus Oesterreich sind muthwilliger Weise beschädigt worden, nicht durch Zufall, denn es wurden Gemälde so zertrümmert, daß böswillige Absicht unverkennbar war. Die österreichische Kommission hat die Thüren zu ihren Räumen geschlossen, bis durch Errichtung von Barrieren die Berührung der Gegenstände unmöglich gemacht ist. Man vermuthet, daß politische Feinde Oesterreichs vom Kontinent den Niedertrüchtigen Lausfug verleiht haben.“

Konstantinopel. Ueber die Lage der Dinge in den türkischen Regierungskreisen liegen nur wenige Nachrichten vor. Der „Temps“ meldet am 11. d. aus guter Quelle: Midhad Pascha habe seine Ansichten im Ministerrathe nicht vollständig durchsetzen können und ein weniger durchgreifendes Reformprogramm sei angenommen worden, das man aber in Konstantinopel als die Bevölkerung und die Mächte zufriedenstellend beurtheile. Die „France“ veröffentlicht ein angebliches Telegramm aus Konstantinopel vom 10. Juni Abends, welches berichtet, daß Jussuf Izzedin, der Sohn des Exultans, und die Sultani-Mutter ermordet seien, und zwar vor der Ermordung des Abdul-Aziz, welche letztere als unzweifelhaft bezeichnet wird. — Es bleibt abzuwarten, was an diesen Nachrichten durch Bestätigung Wichtigkeit erhalten wird. In Bulgarien ist nach Meldungen der „Pol. Corr.“ der Aufstand keineswegs, wie der türkische Befehlshaber zu berichten liebt, im Erlöschen, sondern vielmehr im Erstarken begriffen. Immer weitere Strecken werden hineingezogen, die Mannschaften sammeln sich und ziehen dem Gebirge zu, wo sie

organisiert werden. Die Hauptoperationen sollen erst beginnen, wenn eine größte Macht etwa 50,000 Mann schlagfertig sind.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist bereits ausgegeben worden. Hiernach findet dieselbe am Montag, 19. d., Mittags 12 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen neben einigen kleineren Gesetzentwürfen verschiedene Kommissionsberichte. Aus dem beigegebenen Verzeichnisse der noch nicht erledigten Vorlagen ist zu entnehmen, daß der Entwurf des Nothstandsgesetzes dem Abgeordnetenhaus bereits vorliegt. Die Zahl der vom Herrenhause noch zu erledigenden Gesetzentwürfe beläuft sich, abgesehen von denen, welche es in nächster Zeit noch aus dem andern Hause zu erwarten hat, auf nicht weniger als 16. Von größeren Gesetzen sind außer der Städteordnung und dem Kompetenzgesetz zu erwähnen das Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, das Ansiedlungsgesetz, das Hausgesetz und das Synagogengesetz. Wie viele und welche von allen diesen Vorlagen zum Abschluß gelangen werden, ist vorläufig nicht abzusehen; die Möglichkeit, sie alle noch zu erledigen, ist indeß unzweifelhaft gegeben, wenn das Herrenhaus sich der Lösung der durch seine Schuld erschwerten Aufgabe mit voller Hingebung widmet.

* **Berlin, 10. Juni.** In der gestrigen Sitzung der Justizkommission des Reichstages beendete dieselbe die Beratung des Abschnittes der Strafprozeßordnung, über die Untersuchungshaft und berührt sodann die Abschnitte über die Vernehmung und Vertheidigung des Beschuldigten. Bei § 113 wurde der Abg. 2 in der Fassung der Bundesvorlage wieder hergestell und demselben auf den Antrag des Abg. v. Buttkamer eine neue Bestimmung angefügt, so daß der erwähnte Absatz nunmehr lautet: „In der Voruntersuchung ist der Untersuchungsrichter zur Erlassung des Haftbefehls und im Falle des Einverständnisses der Staatsanwaltschaft auch zur Aufhebung eines solchen, sowie zur Freilassung der Beschuldigten gegen Sicherheitsleistung befugt. Im Falle des Nichtverständnisses der Staatsanwaltschaft ist vom Untersuchungsrichter sofort, längstens binnen 24 Stunden, die Entscheidung des Gerichts einzuholen.“ Auf einen Antrag des Abg. Wolffson beschloß die Kommission zu § 115, 1, daß die Aufhebung des vor Erhebung der öffentlichen Klage erlassenen Haftbefehls auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu erfolgen hat; trägt die Staatsanwaltschaft nicht darauf an, so ist die Haft aufzuheben, wenn nicht binnen einer Woche nach Vollstreckung derselben die öffentliche Klage erhoben wird. Ferner nahm die Kommission auf Antrag des selben Abgeordneten den 2. Absatz des § 115 in folgender Fassung an: „Wenn zur Vorbereitung und Erhebung der öffentlichen Klage die Frist von einer Woche nicht genügt, so kann dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Untersuchungsrichter bis auf zwei Wochen und, wenn es sich um Verbrechen oder Vergehen handelt, auf wiederholten Antrag der Staatsanwaltschaft um fernere zwei Wochen verlängert werden.“ In Beziehung auf die Zulässigkeit des Erlasses eines Steckbriefes (§ 118) beantragte der Abg. v. Buttkamer, daß auf Grund eines Haftbefehls sowohl vom Richter als auch von der Staatsanwaltschaft Steckbriefe erlassen werden können. Dieser Antrag wurde von der Kommission genehmigt. Dagegen wurde der Antrag desselben Abgeordneten, wonach im Falle der Entweichung aus dem Gefängnisse auch die Polizeibehörden zur Erlassung des Steckbriefes befugt sind abgelehnt. — In dem Abschnitt über Vertheidigung strich die Kommission die von ihr in erster Lesung angenommene Bestimmung, daß die Vertheidigung eines Beschuldigten, der die Gerichtssprache nicht versteht, nothwendig sei. Der Bestimmung, daß die Vertheidigung nothwendig sei, wenn ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet — wurde auf den Antrag des Abg. v. Schwarze der Satz zugefügt: „diese Bestimmung leidet auch Anwendung, wenn die strafbare Handlung nur deshalb als ein Verbrechen sich darstellt, weil sie im Rückfalle begangen worden ist.“ § 130, 4, wurde auf den Antrag der Abgg. Grimm und v. Buttkamer in folgender Fassung genehmigt: „Nach dem Ermessen des Vertheidigers können die Untersuchungsakten mit Ausnahme der Ueberschriftsstücke dem Vertheidiger in seine Wohnung verabschafft werden.“

Lokales und Provinzielles.

Wien 13. Juni.

r. Gegen 17 Geistliche aus dem Kreise Kosten, welche bereits vor Erlaß des Gesetzes vom 11. Mai 1873 angestellt worden waren, kamen gestern vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts 11 Anklagesachen wegen unbefugter Ausübung geistlicher Amtshandlungen zur Verhandlung. Die Anklage gründete sich auf § 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 und auf Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1874, welche Folgendes bestimmen: „Eine Geldstrafe bis zu 100 Thlr. trifft Denjenigen, der geistliche Amtshandlungen in einem von ihm nicht dauernd verwalteten Pfarramte vornimmt, nachdem er vom Oberpräsidenten benachrichtigt worden ist, daß das Zwangsverfahren behufs Wiederbefugung der Stelle eingeleitet sei; dieselbe Strafe trifft aber auch jeden Geistlichen, welcher Amtshandlungen vornimmt, ohne den Nachweis führen zu können, daß er zu einem hierzu ermächtigenden Amte oder zur Stellvertretung oder zur Hilfsleistung in einem solchen Amte unter Beobachtung der §§ 1 bis 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 berufen worden sei.“ Die Angeklagten waren geständig, in verschiedenen Fällen zur Aushilfe bei Abkissen zc. in fremden Pfarochien geistliche Amtshandlungen verrichtet zu haben, waren aber vom Kreisgerichte in Kosten sämmtlich freigesprochen worden. Gegen dieses Erkenntniß hatte die Staatsanwaltschaft appellirt und kamen gestern die Anklagesachen vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichtes in zweiter Instanz zur Verhandlung. Sämmtliche Angeklagten wurden freigesprochen, indem der Gerichtshof nicht für festgestellt erachtete, daß dieselben den Nachweis schuldig geblieben seien, daß sie zu einem zu den inkriminirten Amtshandlungen ermächtigenden Amte unter Beobachtung der §§ 1 bis 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 berufen worden seien. Bekanntlich hatte, wie damals mitgetheilt, der Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichtes vor etwa 6 Wochen ebenfalls 20 andere Geistliche aus dem Kr. Kosten, welche desselben Vergehens angeklagt waren, gleichfalls unter Bestätigung des Erkenntnisses des kaiserlichen Kreisgerichtes freigesprochen.

— **In Mogilno** fand am 8. d. M. die Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten und seines Stellvertreters aus dem Stande des bäuerlichen Grundbesitzes der Kreise Mogilno, Gnesen und Inowrazlaw statt. Die deutschen Wähler, die sich in der Minorität befanden, wollten mit den Polen einen Kompromiß abschließen, wonach zum Landtagsabgeordneten ein Pole, zu seinem Stellvertreter ein Deutscher gewählt werden sollte. Diefem billigen Vorschlage waren, wie der „Dziennik“ erzählt, mehrere Polen Anfangs geneigt, indeß fand dies bei den polnischen Unversöhnlichen wenig Beifall, so daß eine Spaltung im polnischen Lager drohte. Dieselbe wurde indeß dadurch verhütet, daß die verfeindlichen Parteien nachgab und mit den Intransigenten stimmte, in Folge dessen zwei Polen, Herr Lange aus Gaj zum Landtagsabgeordneten und Herr Mied aus Piecki zum Stellvertreter gewählt wurden.

— **Zur Verhandlung** einer noch aus dem Jahre 1874 datirenden Anklagesache wider den Weihbischof Janiszewski wegen unbefugter Ertheilung eines Ehedispenses steht, wie bereits mitgetheilt, vor dem hiesigen Kreisgericht am 8. i. M. Audienstermin an. Als Zeuge ist dazu der Dekan und Offizial des deutsch-kroner Kirchenprengels, Herr Frieske, vorgeladen, der den Dispens von Herrn Janiszewski für ein Brautpaar erbeten und erhalten haben soll.

— **In Oborzysk** (Kreis Kosten) befindet sich ein Muttergottesbild in der Pfarrkirche, welches dem „Dredownik“ zufolge vom aläubigen Volke als wunderthätig verehrt wird. Während der Kreuztage unternahm eine Gesellschaft aus Gempin eine Wallfahrt zu diesem Muttergottesbilde, wobei zwei Wallfahrer freiwillige Spenden für die Muttergottes sammelten. Da sie hierzu keine Befugniß hatten, setzte der Bürgermeister von Gempin für die beiden Opfersammler einen Termin an, bei dem sie erklärten, daß die Wallfahrt nach Oborzysk schon seit 50 Jahren regelmäßig stattfindet und hierbei stets Opferpenden gesammelt würden, zu denen sogar in früherer Zeit Juden und Protestanten beigetragen hätten. Die Angelegenheit ist vom Bürgermeister an die Staatsanwaltschaft überwiesen worden.

r. **Altterthümer.** In Pagowien (Kr. Gnesen) ist vor Kurzem an einer Stelle, wo bis zur Schwedenzeit d. h. bis zum 17. Jahrhundert, das alte Herrenhaus gestanden hat, beim Pflügen ein Bronzefessel mit drei angelegten Füßen aus Bronze gefunden worden. Derselbe hat dieselbe Form, wie die alten Bronzefessel aus vorhistorischen Zeiten, die in den Torfmooren zc. gefunden werden. — Vor einiger Zeit ist hier eine Gemme aus dem 3. Jahrhundert n. Chr. Geb. wieder aufgetaucht, welche vor mehreren Jahren von einem Bauern in unserer Provinz gefunden worden ist. Dieselbe stellt einen Aeskulap und eine Hygiea mit einer Schlange vor, zwischen denen sich ein kleiner Telesphorus befindet; darunter befindet sich die Inschrift: Euthyphoron (in griechischen Buchstaben) d. h. der Glückbringende. Dergleichen Gemmen hatten die Bedeutung einer Segensgabe für das Haus, und befinden sich ähnliche Gemmen im kgl. Museum zu Berlin. Dem ersten Anscheine nach besteht die Gemme aus einem Glasflusse; doch hat die nähere Untersuchung ergeben, daß sie aus einem Dühr mit wechselnden dunkelgrauen und weißen Schichten geschnitten ist.

— **B. Bentschen 11. Juni.** [Schützenfest. Erntedankfesten. Schulanlage.] Das hiesige Schützenfest hat diesmal dadurch einen recht freundlichen Abschluß gefunden, daß der beste Schuß „im Namen des Kaisers“ durch den Schützen Luz abgefeuert wurde. Sr. Maj. ist sofort von diesem Ereignisse telegraphisch in Kenntniß gesetzt worden. — Während unsere Umgegend bis vor noch ca. 14 Tagen kaum auf eine halbe Roggenernte rechnen durfte, ist durch die gegenwärtige fruchtbare Witterung eine merkwürdige Wendung zum Besseren eingetreten, so daß wir noch eine sehr gute Mittelernte in Roggen und eine ganz ausgezeichnete Ernte in den anderen Feldfrüchten erhoffen dürfen, wenn nicht unsere Erwartungen durch unvorhergesehene Ereignisse getäuscht werden. Die hiesige jüdische Elementarschule entbehrt seit dem 1. April d. J. eines Lehrers. Die verzögerte Anstellung eines solchen, die nunmehr in den nächsten Tagen erfolgen dürfte, ist durch die Verhandlungen zwischen der jüdischen und evangelischen Schulsozietät behufs Vereinigung beider Schulen, herbeigeführt worden. Die Unterhandlungen haben sich in Folge verschiedener, nicht näher anzugebender Gründe verzögert.

V. **Ruf 9. Juni.** [Schützenfest.] Am 6. d. M. wurde hier das diesjährige Pfingstschützenfest eröffnet. Die Schützen versammelten sich Vormittags bei dem Schützenältesten Degurski, von wo aus sich der Zug um 11 Uhr unter Musikkbegleitung nach dem Schützenhause in Bewegung setzte. Das Königschießen währte 3 Tage. Als bester Schütze ging aus demselben der hiesige Fleischermeister Morfowski hervor. Die Einführung desselben als Schützenkönig findet morgen statt.

2. **Gostyn 9. Juni.** [Wahlbewegung. Schützenfest.] Unter den deutschen Wählern von Gostyn und Umgegend zirkulirt gegenwärtig eine Liste zum Anschluß an den reichsfreundlichen Wahlverein in Rawitsch. Dieselbe ist bereits mit vielen Unterschriften bedeckt. — Am 6., 7. und 8. d. M. fand das Schützenfest der hiesigen Gilde statt. Die Schützen waren diesmal nicht wie im vorigen Jahre in Begleitung eines einzigen Klarinetisten, sondern mit einem Theile der Kapelle des 50. Inf.-Reg. ausgezogen. Den besten Schuß that der Schuhmacher Muzynski und wurde dieser als König proklamirt.

g. **Zutroschin, 10. Juni.** [Ertrunken. Bettelei. Landwirthschaftliches.] In der vorigen Woche haben sich in einem Teiche bei Skaradowo mehrere Knaben. Einer derselben machte sich das Vergnügen, sich an den Schwanz einer der gleichseitig in den Teich getriebenen Röhre zu hängen. Während nun die Röhre in ein tiefses Loch trat, zog sie den Knaben, welcher den Schwanz losließ, mit hinab, so daß er ertrank. — Eine recht widerliche Bettelei hat sich hier eingebürgert. Findet nämlich in der Kirche eine Trauung statt, so steht in der Vorhalle ein Haufen von Bettelanten, welche das heraus-tretende Brautpaar und die Hochzeitsgäste mit ihrer Bettelei belästigen. Das gleiche Manöver wird bei Begräbnissen gemacht, wo auf dem Kirchhofe die Leidtragenden angebetelt werden. Das Widerliche ist jedoch, daß bei der darauf folgenden Theilung der Almosen die Bettler oft in Streit gerathen, der manchmal zu Prügeleien ausartet. — Die seit 14 Tagen anhaltende Hitze und Dürre erweckt in unseren Landwirthschaften das sehnliche Verlangen nach Regen. Tritt ein solcher nicht bald ein, so dürften namentlich die Kartoffeln, welche im Allgemeinen gut stehen, Schaden leiden. Auch hier klagen die Landwirthe darüber, daß die Maispflanzungen durch Würmer stark dezimirt werden.

S. **Samter.** [Pfingstschützen. Erschossen.] Das diesjährige Pfingstschützenfest der hiesigen Schützengilde erreichte Mittwochs sein Ende und wurde Schuhmachermeister Sobczynski als Schützenkönig proklamirt. Leider konnte der übliche Anmarsch nicht stattfinden, da nachträglich ein höchst bedauerlicher Unglücksfall eintrat. Der Scheiben-Ausleger, der sich in dem Augenblick, als ein Schützenmitglied H. L. seinen Schuß that, hinter der Scheibe befand, und trotz mehrmaligem Läuten nicht zum Vorschein kam, wurde unglücklicherweise erschossen. Der Verunglückte ist der erst neunzehnjährige Sohn eines Försters aus der hiesigen Gegend. Die Schützen haben sich sofort bereit erklärt, denselben mit allen Schützengeldern zur Ruhe zu geleiten und durch freiwillige Beiträge ein höchst anständiges Begräbniß zu gewähren, was auch Sonnabend Nachmittag stattfand. Der bedauerliche Todesfall findet in allen Kreisen das aufrichtigste Beileid.

Bromberg, 10. Juni. [Neues Sommer-Theater. Ehrenrath der Rechtsanwält.] Im Petrich'schen Etablissement konfirtirte gegenwärtig eine Sängergesellschaft, die zu ihren Mitgliedern eingeschulte Sänger und Sängerinnen mit guten Stimm-mitteln zählt. Da es in unserer Stadt gegenwärtig an einem Sommertheater fehlt, so beabsichtigt Frau Petrich, das Künstlerpersonal zu vervollständigen und im Garten die nur provisorisch errichtete Bühne in ein vollständiges Sommertheater umzuwandeln. Die Konzeption hierzu hat Frau Petrich bereits erhalten. — In Stelle der verstorbenen Justizräthe Kosky und Wolheim und des verstorbenen Justizraths v. Groddend sind zu Ehrenrathen der Rechtsanwält und Notare im Departement des Appellationsgerichtes zu Bromberg gewählt worden: Justizrath Schmidt hieselbst, Justizrath Hantelmann in Inowrazlaw und Justizrath Presso in Schneidemühl. Der Ehrenrath der Rechtsanwält und Notare des Departements besteht nunmehr aus dem Justizrath Gekler hieselbst, als Vorsitzendem; den Justizräthen Schaller hieselbst, Kellermann zu Gnesen, Haenschke und Schmidt hieselbst, Hantelmann zu Inowrazlaw als Mitgliedern; ferner dem Rechtsanwalt Dr. Gabbler in Schubin, Rechtsanwalt Joel hieselbst, Justizrath Rosenfranz hieselbst und Justizrath Presso in Schneidemühl, als Stellvertretern. (Orb. St.)

Aus dem Gerichtssaal.

Köln, 12. Juni. [Prozeß „Germania“.] In dem Prozeß der Bergwerks-Gesellschaft „Germania“ zu Deutz wurde am Sonnabend

das Urtheil zweiter Instanz publizirt. Nachdem der Angeklagte früher Direktor der Gesellschaft M. Neuenburg in erster Instanz in beiden gegen ihn gerichteten Anklagepunkten freigesprochen worden war, lautet das zweitinstanzliche Urtheil nur theilweise freisprechend und verurtheilt ihn aus dem zweiten Anklagepunkt zu einer zwei-monatlichen Gefängnißstrafe, während es bei dem ersten Anklagepunkt ausdrücklich bei der freisprechenden Ausführung des ersten Richters stehen bleibt. Die Anklagepunkte bezogen sich auf zwei verschiedene Grunderwerbungen seitens der Gesellschaft Germania, die eine vom 25. September 1872, die zweite vom 29. März 1873. Was den ersten Anklagepunkt angeht, also die Erwerbung vom 25. September 1872, so hatte der erste Richter ausgeführt, daß bei diesem Geschäft Neuenburg als einfacher Verkäufer nicht aber als Mandatar der Germania gehandelt habe, daß übrigens auch der Preis von 1200 Thaler nicht nur von den als Zeugen vernommenen Aufsichtsrathsmitgliedern, sondern auch von den vernommenen Belastungszeugen und zumal von den Aktionären der Germania selbst durch Generalversammlungsbefehl als ein angemessener, sogar billiger bezeichnet worden sei, indem insbesondere die letzteren befunden, daß heute noch trotz der inzwischen eingetretenen Geschäftstodung auf industriellem Gebiete der Preis von 1200 Thaler pro Morgen für ein dem damals erworbenen entsprechendes Terrain als keineswegs übertrieben angesehen werden dürfe. — Diesen Ankauf hat auch der Richter zweiter Instanz als ohne Gefährde der Germania zu Stande gekommen erachtet und Neuenburg aus diesem Punkt ausdrücklich freigesprochen. — Bezüglich des zweiten Anklagepunktes, die Erwerbung v. 29. März 1873 zum Preise von 1500 Thlr. pro Morgen, so hatte Neuenburg dieses Areal zum Theil zu einem geringeren Preise erworben, war aber genöthigt gewesen, um die für die Germania nöthigen Stücke laut Auftrag derselben zusammen zu bekommen, bedeutend mehr zu kaufen und den so entstandenen Rest für eigene Rechnung und Gefahr zu behalten. Auch aus diesem Geschäft glaubte der erste Richter trotz des verhältnißmäßig hohen Verkaufspreises die Anklage der Untreue nicht begründen zu können, da dem hohen Verkaufspreis, der übrigens in Aktien der Germania ausbezahlt wurde, die Neuenburg im Vertrauen auf die Güte des Geschäfts behalten habe, das eigene Risiko des Neuenburg gegenübergestanden habe. — In diesem Punkte war der Appellrichter anderer Ansicht als der erste Richter und verurtheilte den N., weil er in diesem Geschäft als Mandatar der Gesellschaft handelnd derselben einen höheren Preis berechnet habe als er selbst gezahlt, zu zwei Monaten Gefängniß, unbefristet, ob die Gesellschaft durch das Geschäft wirklich geschädigt sei oder nicht. An dieser Stelle verdient hervorgehoben zu werden, daß sich die gegen das verstorbene Aufsichtsrathsmitglied der Germania, v. Kaufmann-Affler in Köln, dessen Stellung der Anklage gegenüber schon aus dem Umstand, daß Kaufmann-Affler nur Aufsichtsrath, nicht Direktor der Gesellschaft wie Neuenburg war, sich günstiger stellte, gerichtete Anklage nur auf den oben ausgeführten Punkt 1, der in beiden Instanzen zu einem freisprechenden Urtheil geführt hat, bezog. (B. B. C.)

Wollbericht.

Posen, 12. Juni. [Wollmarkt.] Die heutigen Zufuhren betrugen nur wenige hundert Zentner. Die Lager wurden bis auf die ganz mißlungenen Wäschchen fast ganz geräumt. Der Markt schloß ruhig, da die Käufer den Platz bereits verlassen hatten.

Thorn, 12. Juni. Die Zufuhren zu dem heute eröffneten Wollmarkt betrugen bis Mittags 12 Uhr, 2500 Zentner, von denen der größte Theil im Laufe des heutigen Vormittags zu Markt gebracht worden war. Von den Wollen war, infolge des bis vor etwa 14 Tagen anhaltenden ungünstigen Wetters, ein Viertel ungewaschen. Wegen zum Theil hoher Forderungen blieb das Geschäft schleppend. Die Preise bewegten sich zwischen 156, 168, 177 M., etwa 12 bis 18 M. unter den vorjährigen Berliner Preisen. Von Käufern sind namentlich viele Fabrikanten aus der Lausitz anwesend.

Breslau, 9. Juni. [Wollmarktbericht der Handelskammer.] Die ausgesprochene Flaute am Schlusse des vorjährigen Wollmarktes übertrug sich auf das gesamte Jahresgeschäft. Der dauernde und schwere Druck, unter welchem die Fabrikation von Wollenwaaren nunmehr wohl in aller Herren Länder leidet, ließ die Käufer nur zögernd und widerwillig an die Einkäufe des Rohmaterials herangehen und sich stets nur auf die Deckung des augenblicklichen Bedarfs beschränken. Hierbei konnte man die Wahrnehmung machen, daß zu keiner Zeit während der letzten zwölf Monate und an keinem Stapelplatze sich große Lager von deutschen Wollen anhäufeten, daß aber gleichzeitig mit der Reduzirung der Bestände Preisermäßigungen statt Erhöhungen Hand in Hand gingen. Unter dem Eindruck dieser Thatsache, sowie unter demjenigen der flauen Auktionen in London und Belgien ging die Spekulation auf die neue Schur sehr zögernd und mit einer Vorsicht zu Werke, welche sich durch das Resultat des abgelaufenen Wollmarktes nur als eine äußerst berechnete erwies. Wiederum, wie im vorigen Jahre, zeigte der Rhein, der frühere Hauptfontement unseres schlesischen Produktes, die äußerste Zurückhaltung. Es wurde ein gegen frühere Jahre nur ganz unbedeutendes Vorgehen auf den Lägern der Händler und Kommissionäre gemacht, während das eigentliche Marktgeschäft am 7. Juni in den Räumen des „Rärgers Hofes“, wofolbst im Ganzen ca. 15,000 Ctr. (gegen 19,000 Ctr. im vorigen Jahre) gelagert waren, sowie auf den verschiedenen Wolllägern, bei mäßigen Forderungen der Anhaber und einem durchschnittlichen Preis-Abschlag von 8 bis 10 Thlr., je nach Wäschchen und Behandlung, sich rasch abwickelte. Schlesische, lausitzer und märkische Fabrikanten waren die Hauptabnehmer dieses Quantum; Frankreich, England und Schweden waren etwas thätiger, als im vorigen Jahre, der Rhein und Sachsen sehr passiv. Die Wäschchen waren besser als 1875, das Schurgewicht ein etwas geringeres. Nach den von den Thor-Expeditionen und den Verwaltungen der Eisenbahnen eingegangenen Anweisungen z. wurden von erster und zweiter Hand zu Markte gestellt: schlesische Wollen ca. 27,000 Ctr. oder 1,350,000 Kgr., posener ca. 11,000 Ctr. oder 550,000 Kgr., polnische und österreichische fehlten. Alter Bestand inkl. überseeische Wollen waren vorhanden ca. 7000 Ctr. oder 350,000 Kgr., zusammen ca. 45,000 Ctr. oder 2,250,000 Kgr. Im vorigen Jahre waren zu Markt gestellt 51,000 Ctr., demzufolge diesmal ca. 6000 Ctr. oder 300,000 Kgr. weniger als im Vorjahre. Es wurden, soweit es unter allgemeinen Bestimmungen festzustellen ist, folgende Preise gezahlt: pro Ctr. oder pro 50 Kgr.; für schlesische hochfeine und Elektorat-Wollen 240 bis 285 M. (einzelne Partien höher), für schlesische feine Wollen 204—225 M., für schlesische mittelfeine Wollen 174—198 M., für schlesische mittlere Wollen 156—171 M., für schlesische Nutzwoll- und geringere Wollen 141—156 M., für schlesische Schweiß-Wollen 120 bis 150 M., für posener feine und feinsten Wollen 177—199 M., für posener mittlere und mittelfeine Wollen 156—171 M. Das am hiesigen Platze verbleibende Quantum dürfte sich incl. der alten Bestände auf ca. 13,000 Ctr. oder 650,000 Kgr. belaufen. Bemerkten wollen wir noch, daß wegen der verspäteten Schur noch einige nicht unerhebliche Quantitäten schlesischer Wollen herankommen dürften. Schließlich ist noch anzuführen, daß im Monat Mai c. circa 2000 Ctr. Wollen verkauft worden sind.

Weimar, 12. Juni. In Folge des ungünstigen Wetters war der heutige Markt nur schwach besucht. Bis Mittag waren 1700 Ctr. angefahren. Das Geschäft entwickelte sich langsam. Die Preise waren im Vergleich zum Vorjahre bedeutend geringer. Gezahlt wurden 135 bis 150 M., für feinere Sorten 162 M.

London, 9. Juni. [Wollbericht von Stoltenhoff & Sons.] Die Zufuhren für die am 20. d. beginnende dritte Serie der hiesigen Auktionen betragen bis heute: 76,621 Ballen Sydney, 13,960 B. Van Diemens Land, 108,380 B. Port Philipp, 97,509 B. Neu-Seeland, 30,439 B. Adelaide, 32,238 B. Cap, 5284 B. Swan River, zusammen 364,881 B. und befinden sich noch 76,839 B. unter Segel, wovon ca. 8700 B. Sydney, 3500 B. Van Diemens Land, 17,000 B. Port Philipp, 7000 B. Neu-Seeland, 1000 B. Adelaide und mehrere Tausende Ballen Cap zeitig ankommen können. Unser Markt war seit Schluß

der vorigen Auktion äußerst stille. Es ist nur sehr wenig umgekehrt worden.

Importation von Kolonial-Wolle.

	1875	1876 bis heute
Sydney	142,982 B.	122,177 B.
Port Philipp	279,751	255,072
Adelaide	100,852	94,429
Swan Rivers	6,745	6,932
Van Diemens Land	19,076	14,301
Neu-Seeland	149,896	110,755
Cap	174,081	76,081
Zusammen	873,383 B.	679,747 B.

Nachtrag.

r. Posen, 13. Juni. Der Wollmarkt ist bereits als beendet zu betrachten. Es sind im Ganzen angefahren worden 16,606 Ctr. 66 Pfd., d. h. 6262 Ctr. 6 Pfd. weniger als im Jahre 1875, und 9064 Ctr. 87 Pfd. weniger als im Jahre 1874.

Vermischtes.

* **Königsberg, 11. Juni.** Heute früh 1 Uhr entstand großes Feuer in der Maschinenfabrik „Union.“ Kesselhaus und Schlosserei sind ausgebrannt. Ein Feuerwehrmann ist todt, ein weiterer schwer verwundet. (Danz.-Btg.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Ravensburg, 12. Juni. Das Schuffenthal (württemberg. Donaukreis) von Aulendorf bis Langenargen und die Seitenthäler sind von bedeutenden Ueberschwemmungen heimgesucht worden. Der Bahnverkehr auf der Südbahn und der Aigau-Bahn ist unterbrochen. Das Wasser ist noch im Steigen begriffen.

Wien, 12. Juni. Der „Politischen Korrespondenz“ gehen aus Belgrad weitere Mittheilungen über die Antwort der serbischen Regierung auf die Anfrage der Pforte betreffend die in Serbien vorgenommenen Rüstungen zu. Durch dieselben wird bestätigt, daß die Antwort durchaus in verständlichem Geiste gehalten ist und den ersten aufrichtigen Willen der serbischen Regierung, den Frieden nicht stören zu wollen, zum Ausdruck bringt. Die serbische Regierung habe eigentlich niemals an Rüstungen gedacht, sondern wolle nur ihre Militär-Organisation nach dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht vollenden. Die in letzter Zeit erfolgten Offiziersernennungen entsprächen dem normalen Bedürfnisse. An Krieg oder Bedrohung der Integrität der Türkei habe die serbische Regierung um so weniger denken können, als die Erhaltung dieser Integrität gerade durch das hohe Interesse Serbiens begründet sei. Was die zeitweilige Belegung der Grenzen anlangt, so sei die serbische Regierung zu dieser Maßregel durch die außerordentlichen Verhältnisse in den Grenzprovinzen und namentlich durch die gewiß gegen den Willen der türkischen Lokalbehörden vorgekommenen Verletzungen des serbischen Territoriums genöthigt worden. Uebrigens liege der serbischen Regierung die Regelung einiger im Laufe der Zeit hervorgetretenen Schwierigkeiten am Herzen und werde sie zu diesem Zwecke einen Spezial-Bevollmächtigten nach Konstantinopel entsenden. Die Antwort schließt mit der Versicherung, daß es der konstante Wunsch der serbischen Regierung sei, mit der türkischen Regierung die besten Beziehungen zu unterhalten.

Basel, 12. Juni. Die Kantone St. Gallen und Thurgau sind, wie den „Baseler Nachrichten“ gemeldet wird, von großen Ueberschwemmungen heimgesucht worden. Die Wasser der Murg, des Thur und des Rheins sind ausgetreten und haben viele Häuser, Brücken und den Bahnkörper zerstört. In Frauenfeld sind einige Personen um das Leben gekommen. Der durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden ist sehr bedeutend. Die Höhe des Rheins bei Basel beträgt 15½ Fuß.

Southampton, 12. Juni. Der hampburger Dampfer „Bahia“, welcher, wie bereits gemeldet, am Sonnabend mit gebrochener Welle hier eingelaufen ist, wird wahrscheinlich schon morgen seine Fahrt nach Brasilien fortsetzen können, da der Schaden leicht zu repariren ist.

Konstantinopel, 13. Juni. Der Sultan forderte den Großvezier auf, im Laufe der Woche das Regierungsprogramm zu übergeben und erklärte sich zu dessen Annahme geneigt. Midhat Pascha ist mit der Ausarbeitung des Projekts des Nationalrechts betraut, welches ausschließlich mit den Finanzen und der Budgetberathung sich beschäftigen soll.

Angekommene Fremde

13. Juni.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Albed und Hoffmann a. Kopenhagen, Schaupiel. Geschwister Trepton a. Berlin, Wirtschaftsinsektor Siebke a. Jantowo, Rittmeister a. D. von Trieben und Fam. a. Pilonberg, die Rittergutsbesitzer Graf Gorenzski a. Tarce, Graf Gorenzski a. Cieluscin, Postbaurath Wolff und Geistlicher Stern a. Stettin.

Budow's Hotel de Rome. Die Kaufleute Rolte aus Celle, Meyer und Bandmann a. Berlin, Rosenzweig aus Lemberg, Sonnenfeld und Müller a. Breslau, Meinde a. Gera, Schulz aus Baugen, Riegant a. Frankfurt a. M., Kiehlmann a. Breslau, Rent. Wendenburg a. Berlin, Steuerrath Heintzke a. Danzig, Oberamt. Kinder a. Nochau, Dietrich a. Quedlinburg.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Frau v. Hulewicz a. Mlodziejewicz, Polaski aus Walentynowo, v. Bloschewski u. Frau a. Przecław, v. Chelowski u. Fam. a. Starogard, von Taczanowski a. Slawojewo, v. Micki a. Siedluchna, v. Paliszewski a. Rutka, v. Grodzicki a. Polen, die Präpöste Kullinski aus Gluchowo, Fürst Radziwili a. Ostrono, die Kaufl. Schramke aus Sommerfeld, Nicolai a. Neppen.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 12. Juni. [Wochenbericht.] Auf heutigem Viehmarkt waren zum Verkauf angetrieben 2033 Stück Hornvieh, 4561 Stück Schweine, 10,602 Stück Schafe und 1120 Stück Kälber. Meist war der Handelsverkehr heute gedrückt, wiewohl die Bestände nicht gerade zu groß genannt werden können. Hornvieh ging über vorwiegend billige Preise nicht hinaus, war aber nicht unbelebt. Anfanglich traten Käufer eifriger auf, da man glaubte, die Bestände würden nicht ausreichen. Ia. erzielte 58—60 M., IIa. 48—50 M. und IIIa. 34 bis 37 M. pro 100 Pfd. Flgw. Schweine verlaufen sich nur sehr langsam, zogen jedoch nur eine Kleinigkeit im Preise an. Für beste fette Kernwaare setzten Eigner 58—60 M. pr. 100 Pfd. Flgw. durch. Ham-

mel anden in guter Waare leicht Abnehmer, da die Exportfrage sich ziemlich rege zeigte, fette schwere Thiere wurden mit 24—25 M. pr. 45 Pfd. Flgw. bezahlt. Kälber erzielten Mittelpreise bei ruhigem Geschäft.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds - Course.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Belebt in Folge der von auswärts gemeldeten günstigen Coursnotirungen und auf Deckungsläufe. Spekulationspapiere höher, ungarische und österreichische Werthe durchweg besser.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 205, 07. Pariser Wechsel 81, 15. Wiener Wechsel 168, 75. Böhmische Westbahn —. Elisabethbahn 119 ½. Galizier 163 ½. Franzosen* 226 —. Lombarden* 69 ½. Nordwestbahn 109 —. Silberrente 58 ½. Papierrente 55 ½. Russ. Bodenkredit 85 ½. Russen 1872 93 ½. Amerikaner 1885 102 —. 1860er Loose 100 ½. 1864er Loose 261, 00. Kreditaktien* 120 —. Oester. Nationalbank 717, 00. Darmst. Bank 104 —. Berliner Bankverein 86 ½. Frankfurter Wechselbank 77 ½. Deut. Bank 91 ½. Meiningen Bank 78 ½. Hess. Ludwigsbahn 99 ½. Oberhessen 72 ½. Ung. Staatsloose 147, 50. Ung. Schatzanw. alt 85 ½. do. do. neue 81 ½. do. Ostb.-Dbl. II. 58 ½. Centr.-Pacifc 91 ½. Reichsbank 153 ½.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 119 ½, Franzosen 226 —, Lombarden 69 ½. 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 12. Juni. Die von auswärts gemeldeten Course führten sehr umfassende Deckungs- und Meinungsläufe herbei, der anfangs sehr animirte Verkehr ließ gegen den Schluß indeß etwas nach. Schrankewerthe besser. Devisen matt.

[Schlußkurse.] Papierrente 66, 00. Silberrente 68, 90. 1854er Loose 107, 00. Nationalbank 819, 00. Nordbahn 1825. Kreditaktien 139, 30. Franzosen 266, 50. Galizier 194, 00. Kasch.-Oderb. 88, 00. Parubitzer —. Nordwestb. 127, 50. Nordwestb. Lit. B. —. London 120, 90. Hamburg 58, 85. Paris 47, 85. Frankfurt 58, 85. Amsterdam 99, 60. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 161, 25. 1860er Loose 109, 50. Lomb. Eisenb. 81, 75. 1864er Loose 129, 25. Unionbank 59, 00. Anglo-Austr. 68, 50. Napoleons 9, 61 —. Dukaten 5, 72 —. Silbercoup. 102, 80. Elisabethbahn 144, 00. Ungar. Präm. 70, 00. D. Staatsb. 59, 25.

Türkische Loose 20, 00.

Nachbörse: Kreditaktien 139, 80. Franzosen 266, 50. Lombarden 82, 75. Ungarische Loose 70, 25. Papierrente 66, 10. Silberrente 69, 00. Kreditloose 160, 50.

Paris, 12. Juni. Fest und belebt. Schluß auf Realisirungen etwas schwächer.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 68, 90 —, Anleihe de 1872 105, 77 ½, Italienische 5 pSt. Rente 73, 05. do. Tabaksaktien —, do. Tabakobligationen —, Franzosen 566, 25. Lombard. Eisenbahn-Akt. 177, 50. do. Prioritäten 238, 00. Türken de 1865 14, 05 —, do. de 1869 80, 00. Türkenloose 44, 50.

Credit mobilier 150. Spanier extér. 13 ½, do. intér. 12 ½, Suezkanal-Aktien 707, Banque ottomane 365, Société générale 522. Egypter 191, Credit foncier 670. Wechsel auf London 25, 26 ½.

Produkten - Course.

Danzig, 12. Juni. Getreide = Börse: Wetter: heiß. — Wind: Südost. Mittags Gewitter mit kurzem Regen.

Weizen lofo fand am heutigen Markte etwas mehr Beachtung und auch Kaufkraft doch war diese nicht allgemein. Zu unverändert, letzten Preisen wurden 370 Tonnen verkauft und ist bezahlt für Sommer- 129, 130 Pfd. 207, 208 M., oberpolnisch bunt mit Ausbruch 194 M., besser hell 123 Pfd. 199 M. hellbunt 127 Pfd. 212, 213 M., 128 Pfd. 214 ½ M., hochbunt 126, 128 Pfd. 218 M. per Tonne. Termine unverändert, Juni-Juli 210 M. Br., Juli-August 212 M. Br., 210 M. G., August-September 213 M. Br., September-Oktober 213 M. bez., Oktober-November 212 M. Br. — Regulirungspreis 209 M. Gekündigt wurden 50 Tonnen.

Roggen lofo mattr, bezahlt ist durch Konsumenten für 124 Pfd. 170 M. besserer 126 Pfd. 176 M. per Tonne. Umsatz 10 Tonnen. Termine still. September-Oktober 162 M. bez. Regulirungspreis 167 M. — Gerste lofo kleine 101 ½, 105 ½ Pfd. 142 M., große 113 Pfd. 162 M. per Tonne bezahlt. — Hafer lofo brachte 180 M. per Tonne. — Leinfaat 215 M. per Tonne. — Rüben lofo ohne Geschäft. — Termine nicht gehandelt, August-September 288 M. Br., September-Oktober 288 M. — Spiritus nicht zugeführt.

Köln, 12. Juni, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger lofo —, fremder lofo 23, 50, per Juli 20, 70, Nov. 21, 50. Roggen, hiesiger lofo 18, 00, per Juli 15, 60, per Nov. 16, 15. Hafer, lofo 19, 50, per Juli 17, 40. Rüböl, lofo 35, 20, per Oktober 34, 40. — Wetter:

Hamburg, 12. Juni, Nachm. Getreidemarkt. Weizen lofo flau, auf Termine flau. Roggen lofo ruh., auf Termine mattr. — Weizen pr. Juni 205 Br., 204 Gd., pr. September-Oktober pr. 1000 Kilo 211 Br., 210 Gd. — Roggen pr. Juni 164 Br., 162 Gd., pr. Sept.-Oktbr. pr. 1000 Kilo 162 Br., 161 Gd. Hafer fest. Gerste still. Rüböl matt, lofo 66, per Juni —, pr. Oktober per 200 Pfd. 65. Spiritus still, per Juni 36, pr. Juli-August 37 —, pr. August-Sept. 38 —, pr. Septbr.-Oktober pr. 100 Liter 100 pSt. 39. Raffee sehr fest, Umsatz 3000 Sad. Petroleum mattr, Standard white lofo 12, 20 Br., 12, 00 Gd., pr. Juni 12, 00 Gd., pr. August-Dezember 12, 60 Gd. — Wetter: Wolkig.

Bremen, 12. Juni, Nachmittags. Petroleum (Schlußbericht) Standard white lofo 11, 85, pr. Juni 11, 85, per Juli 12, 00, pr. Aug.-Dezember 12, 65. Ruhig.

Paris, 12. Juni. Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen matt, pr. Juni 29, 00, pr. Juli 29, 25, pr. Juli-August 29, 50, Sept.-Dec. 30, 75. Mehl beh., pr. Juni 63, 75, pr. Juli 64, 25, pr. Juli-August 64, 75, pr. Sept.-Dezbr. 66, 50. Rüböl ruhig, pr. Juni 79, 25, pr. Juli-August 80, 00, pr. Sept.-Dez. 81, 50, pr. Januar-April 83, 00. Spiritus wech., pr. Juni 47, 00, pr. Sept.-Dezbr. 50, 25.

St. Petersburg, 12. Juni. Robeisen. Mixed numbers warrants 57 sh 6 d. Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 11000 Tons gegen 8700 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Amsterdam, 12. Juni, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen lofo geschäftslos, auf Termine unver., pr. Novbr. 306. Roggen lofo und auf Termine unverändert pr. Juli 191, pr. Oktober 197. Raps per Herbst 398 fl. Rüböl lofo 38 ½, pr. Herbst 38 ½, pr. Mai 39 ½. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 12. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruh. Roggen vernachlässigt. Hafer gefragt. Petroleum markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, lofo 28 ½ G., 28 ½ Br., pr. Juni 28 G., 28 ½ Br., pr. Juli 28 ½ Br., pr. Sept. 30 ½ Br., pr. Sept.-Dezember 30 ½ bez., 31 Br. Fest. Morgen keine Börse.

Liverpool, 12. Juni, Nachmittags. Baumwoll: (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 B., davon für Spekulation und Export 3000 B. Fest. Amerikaner auf Zeit ½, Surats ½ höher.

Middl. Orleans 6 ½, middl. amerikanische 6 ½, fair Dhollerah 4 ½, middl. fair Dhollerah 4 ½, good middl. Dhollerah 3 ½, middl. Dhollerah 3 ½, fair Bengal 3 ½, good fair Broad —, new fair Domra 4 ½, good fair Domra 4 ½, fair Madras 4, fair Bernam 6 ½, fair Smyrna 5 ½, fair Egyptian 5 ½.

Upland nicht unter low middling Mai-Verschiffung pr. Segelschiff 6 d., Schiff genannt, schwimmend auf See 6 ½/32, Juni-Lieferung 6 ½/16 d.

New-York, 10. Juni. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 12 —, do. in New-Orleans 11 ½. Petroleum in New-York 14 ½, do. in Philadelphia 14 ½. Mehl 5 D. 25 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 32 C. Mais (old mixed) 60 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 ½. Raffee (Rio-) 16 ½. Schmalz (Marke Wilcox) 12 ½ C. Speck (short clear) 10 ½ C. Getreidefracht 7 ½

